

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Dr. Rommelspacher. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Ellerbrock noch einmal das Wort. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Meine Damen und Herren! Herr Horstmann, Sie sprechen immer von Regionalplanung als staatlicher Planung. Meines Wissens gilt hier das Gegenstromprinzip. Was die nordrhein-westfälische Planungskultur immer auszeichnete, war das Miteinander von Staat und Kommune. Das hat sich bewährt. Man sollte das nicht in die Richtung drücken, dass das eine staatliche Planung ist. Die jetzige Planung ist letztlich kommunal nicht nur strukturiert, sondern auch bestimmt, denn die kommunalen Abgeordneten, die kommunalen Delegierten im Regionalrat sind Kommunalpolitiker, die im Regionalrat nur dann stimmberechtigt sind, wenn sie ein kommunalpolitisches Mandat haben. Wenn man das als staatliche Planung verkauft, muss ich entweder Unkenntnis voraussetzen - das will ich nicht -, oder es handelt sich um ein besonderes Maß an Begriffserweiterung seitens des Staates.

Meine Damen und Herren, auf die nächste Frage, Herr Horstmann, haben Sie bei Ihrer Unterstützungsrede auch keine Antwort gegeben. Wie stellen wir sicher - ich verwende jetzt bewusst den Ausdruck "Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung" -, dass zwei Verhandlungspartner innerhalb der Reviers, innerhalb dieses Kommunal- oder Regionalverbandes ihre Interessen nicht zulasten des ländlichen Raumes oder der Ballungsrandzone durchsetzen?

Hier muss ein Gremium die Grenzen setzen. - Meine Berufserfahrung zeigt: Die Kommunen sind froh, wenn die Bezirksregierung - das ist ja keine preußische Behörde mehr; leider! - moderierend wirkt. In den in Rede stehenden Fällen wirkt sie wirklich sehr, sehr moderierend, auch im Sinne der Kommunen untereinander ausgleichend. Es muss weiterhin ein Element geben, das wirklich moderierend tätig wird und die Grenzen aufzeigt.

Den Satz "Die Kommunen werden sich eigenständig, in eigener Verantwortung, mit Siedlungsansprüchen zurückhalten" höre ich seit 1975. Auf jedem Städtetag, auf jedem Verbandstag wird das wiederholt. Das Handeln aber belegt genau das Gegenteil. Da müssen wir also noch einmal gucken, wie das funktionieren kann.

Das Prinzip der Freiwilligkeit muss man dann natürlich, Herr Horstmann, auch konsequent anwenden. Ich befürchte, dass wir darüber noch eine

Menge Diskussionen bekommen. Wenn ich das Ruhrgebiet richtig einschätze, versteht sich Dortmund mit seinem Einzugsbereich als Zentrum Westfalens, Essen als Dienstleistungszentrum für das ganze Ruhrgebiet und Duisburg als Scharnier zwischen Ruhrgebiet und Niederlanden. Da können sich dann auch unterschiedliche Planungsgemeinschaften herausbilden. Wenn man das will, muss man das Risiko eingehen. Ich sehe aber nicht nur die Risiken, ich sehe auch die Chancen.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Eben!)

Ich muss aber sowohl die Chancen als auch die Risiken abwägen. Und da sind mir Ihre Ausführungen etwas zu euphorisch, weil sie den Erfahrungen meiner Berufspraxis leider - ich betone: leider! - voll entgegenlaufen.

Aber machen wir den neuen Ansatz! Die Revieroberbürgermeister haben erklärt: Wir wollen das. - Schaffen wir das! Diese Freiwilligkeit wollen wir ja unterstützen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3538 - Neudruck - an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend -**, an den **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

3 Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Stellung des Verbandsdirektors und der Beigeordneten des Kommunalverbandes Ruhrgebiet aus Anlass der Fortentwicklung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet (- Vorschaltgesetz - KVRG -)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3537

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung, und zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Groschek für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Groschek.

Michael Groschek (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf ist die logische Konsequenz der gerade beschlossenen Überweisung. Wir bitten deshalb auch hier um möglichst einhellige Zustimmung.

Worum geht es? Es geht darum, entsprechend unserem offenbar gemeinsamen Wunsch dem neuen RVR, dem Regionalverband Ruhrgebiet, eine modernere, schlagkräftigere Leitungsstruktur zu geben. Dazu müssen wir dem neuen Verband, der neuen Verbandsversammlung nach der Kommunalwahl im September 2004 Handlungs- und Gestaltungsfreiheit einräumen. Das wird nur dann möglich sein, wenn keine langfristigen politischen Beamtenverhältnisse qua Wahl neu begründet werden. Die Möglichkeit eines Systemwechsels besteht durchaus, weil die Amtszeit der jetzt tätigen politischen Beamten des KVR ausläuft.

Wir regen an, gemeinsam zu beschließen, dass mit Datum 30.09.2004 die Klappe fällt, also die politischen Beamten ihre Tätigkeit für den KVR spätestens dann beenden, sodass der neu konstituierte Verband nach der Kommunalwahl mit einem neuen Leitungsgremium antreten kann.

Das Leitungsgremium soll nicht mehr aus politischen Beamten bestehen, sondern es sollen Geschäftsführungsorgane gebildet werden - deren Mitglieder anders bezahlt werden als politische Beamte, die im 5-Jahres-Rhythmus - wie bei Geschäftsführern üblich - bestallt werden und die eben keine beamtenrechtlichen Versorgungs- und sonstigen Ansprüche haben.

Ich bitte, der Überweisung dieses Gesetzentwurfs zuzustimmen, der eine klare Perspektive bringt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Groschek. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Herrmann das Wort.

Brigitte Herrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich gibt es dem, was Herr Groschek gesagt hat, nichts hinzuzufügen; er hat das Wichtigste ausgeführt. Ich würde das nur um die Bitte ergänzen wollen, nicht nur der Überweisung, sondern auch dem Gesetzentwurf an sich im breiten Konsens zuzustimmen,

weil sonst die Gefahr besteht, dass wir alte Strukturen in den modernen RVR übernehmen. Deswegen die Bitte, nicht nur der Überweisung, sondern auch dem Entwurf des Vorschaltgesetzes selbst zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Herrmann. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Britz das Wort.

Franz-Josef Britz (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von mir aus nur wenige Sätze: Das Vorschaltgesetz ist logische Konsequenz des eben überwiesenen Gesetzentwurfs. Wir sollten gleichwohl, weil ja so viel über Konsens geredet worden ist, erst dann zur Verabschiedung des Vorschaltgesetzes kommen, wenn klar ist, dass wir in Bezug auf die Leitungsstruktur gemeinsam in die in dem Gesetzentwurf beschriebene Richtung gehen wollen. Deswegen, meine ich, darf kein Schnellschuss abgegeben werden, sondern bedarf es einer ordentlichen Beratung. Wenn die Richtung klar ist, werden wir auch gerne Ihrem zweiten Wunsch folgen und dem Gesetz zustimmen. Aber der von mir angesprochene Punkt muss vorher geregelt sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Britz. - Für die Fraktion der FDP Herr Rasche. Das geht jetzt Schlag auf Schlag. Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich ist dieses Gesetz die logische Konsequenz aus dem im vorigen Tagesordnungspunkt beratenen Gesetzentwurf. Wenn sich im Ausschuss eine schnelle Lösung, eine schnelle Entscheidung zum Tagesordnungspunkt 2 abzeichnet, mit den Chancen und Möglichkeiten, die wir für das Ruhrgebiet nutzen wollen, und wenn wir uns dort einig werden, werden wir auch dieses Gesetz beschließen. Deswegen, Herr Groschek, nehmen wir Ihre Einladung zur Beratung gerne an.

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Rasche. - Für die Landesregierung nunmehr Minister Dr. Behrens. Bitte schön.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich verzichte auf das an sich vorgesehene Grundsatzreferat zum Vorschaltgesetz im Allgemeinen und im Be-

sonderen, die verfassungsrechtliche und beamtenrechtliche Bedeutung. Ich habe keine Einwendungen gegen das Vorschaltgesetz. Es macht Sinn. Es ist auch nicht der erste Fall dieser Art. Wir hatten einen solchen zuletzt 1994 bei Änderung der Kommunalverfassung.

Ich rege an, dass im Interesse der Rechtsklarheit für alle Beteiligten die Beratungen über diese Frage und die Verabschiedung des Gesetzes möglichst zügig im Ausschuss und dann auch im Plenum stattfinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3537 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

4 Das Profil der "Triennale" schärfen und verantwortungsvoll mit vorhandenen Ressourcen umgehen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3534

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Capune-Kitka das Wort.

Brigitte Capune-Kitka (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die aufgeregten Kommentare der Herren Keymis und Mortier haben deutlich gemacht, dass wir mit unserem Antrag den Finger genau in die Wunde gelegt haben. Sie haben gezeigt, dass es viele Menschen und insbesondere anscheinend Politiker gibt, die nicht in der Lage sind, Sinn erfassend zu lesen.

Herr Keymis, Herr Minister, der Antrag der FDP zur Ruhr-Triennale 2005 bis 2007 lag Ihnen vor. Mit diesem üben wir keine Kritik an Herrn Mortier, sondern an der Konzeption der Ruhr-Triennale, die keine Veränderung der laufenden Triennale vorsieht. Es steht die Konzeption nach dem Jahr 2004 im Vordergrund.

Herr Mortier hat in kurzer Zeit Beachtliches auf die Beine gestellt. Kritik allerdings übe ich an der Marketing-Konzeption, die ja auch unbestritten geblieben ist. Außerdem prangere ich noch das Zeitfeld an, das parallel zu Spielzeiten der anderen kulturellen Institutionen läuft. Dies war alles einmal anders geplant und versprochen worden. Zu Recht ärgern sich auch einige geschätzte Kulturmenschen im Ruhrgebiet.

Wir hätten auch jetzt keinen Antrag zur Konzeption der Ruhr-Triennale 2005 bis 2007 einbringen müssen, wenn Sie, Herr Minister, nicht eine Findungskommission einberufen würden, die den neuen Intendanten für die Staffel 2005 bis 2007 suchen soll, und Sie nicht auch vollmundig verkündeten, die Triennale sei für die nächsten Jahre bis 2007 gesichert.

Dies bedeutet für uns als Opposition, Herr Minister, dass Sie am Parlament vorbei Gelder für die nächste Legislaturperiode langfristig verbindlich festschreiben wollen,

(Minister Dr. Michael Vesper: Am Parlament vorbei? Ist das Ihr Ernst?)

um Ihr Lieblingsspielzeug, die Ruhr-Triennale, zu sichern. Und dies geht trotz Ihrer ständigen Versprechungen auf Kosten der Breitenkultur in unserem Land. Es sind reine Lippenbekenntnisse von Ihnen, dass dort nicht gespart wird.

Die Faktenlage sieht nämlich so aus: Im Haushaltsjahr 2002 lagen die Kürzungen durchschnittlich bei 10 % - außer natürlich bei der Ruhr-Triennale. Im Jahr 2003 gab es erneute Kürzungen: 40 % bei der Förderung der Bibliotheken, ca. 50 % in der Regionalen Kulturförderung, etwa 90 % beim Musikrat usw. Es gab aber nur marginal eine kleine Kürzung bei der Ruhr-Triennale.

Die desolote Haushaltslage der Kommunen, Herr Vesper, dürfte Ihnen eigentlich auch bekannt sein, und die neuesten Berechnungen des tatsächlichen Wirtschaftswachstums wohl auch. Sparen Sie also im nächsten Jahr wieder ausschließlich bei den Zuwendungen an die Breitenkultur, bei den Zuwendungen für Museen und Theater unseres Landes? Wir Liberale befürchten, Herr Vesper, dass Sie es, wenn Sie weiterhin so wirtschaften wie bisher, im Jahr 2005 geschafft haben werden, die regionalen Theater und Museen, die Kulturförderung in den Boden zu wirtschaften. Orchester und Chöre werden aufgelöst. Die Breitenkultur ist am Boden. Ab und zu haben wir dann ein Blinklicht im Ruhrgebiet. Das ist das Dauerfestival der Ruhr-Triennale. Und wer geht schon zu einem Dauerfestival?